

Neues Deutschland, 29.12.2010, **Bilanz der sozialen Bewegungen 2010**, -, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/187429.bilanz-der-sozialen-bewegungen-2010.html>

2010 war das Jahr der Demonstrationen gegen Atomkraft und gegen das Megabahnprojekt in Stuttgart. Bei beiden Konflikten ging es um mehr als die Sachfrage: Hier machten Bürger ihrem Unmut darüber Luft, wie undemokratisch in der Bundesrepublik Entscheidungen getroffen werden. Unterstützt von großer medialer Aufmerksamkeit beherrschten diese Auseinandersetzungen das öffentliche Bewusstsein, im Gegensatz zu Kopfpauschale, Rente mit 67 und Hartz IV. Der Protest gegen die schwarz-gelbe Krisenpolitik blieb im Vergleich schwach. Die besser gestellte Mittelschicht geht auf die Straße, die Marginalisierten bleiben zu Hause? Wie lief das Jahr 2010 für soziale Bewegungen? Sieben Aktivisten aus verschiedenen politischen Spektren und Politikfeldern ziehen Bilanz.

Florian Becker, Gruppe Soziale Kämpfe

Anders als in Griechenland oder Frankreich hat die Krise hierzulande bislang nicht zu einem Aufschwung sozialer Kämpfe geführt. Zwar demonstrierten im Juni, organisiert vom bundesweiten Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise«, mehr als 40 000 Menschen in Berlin und Stuttgart. Zur Verabschiedung des Sparpakets am 26. November gelang es jedoch nicht, die verbreitete Unzufriedenheit mit der schwarz-gelben Regierungspolitik zu bündeln. Zu diesem Zeitpunkt waren die Debatten um die »soziale Frage« durch antimuslimischem Rassismus à la Sarrazin und Terrorhysterie überlagert. Auch von Seiten der Gewerkschaften fiel der angekündigte »heiße Herbst« lau aus. Angesichts des neuen Exportbooms vermittelt die Bundesregierung derzeit relativ erfolgreich den Eindruck, die Krise sei für die Mehrheit der Menschen überwunden. Teile der Beschäftigten und Gewerkschaften werden eingebunden, während vor allem bei Hartz-IV-EmpfängerInnen gekürzt wird.

Das neoliberale Krisenmanagement hat die Brennpunkte der Krise hin zu Auseinandersetzungen um Staatsverschuldung und Sparhaushalte verschoben. Neue Kristallisationspunkte des Widerstands könnten die durch weitere Spar- und Privatisierungswellen betroffenen Kommunen und die europäische Ebene sein, wo die Auswirkungen der Krise zu Protesten, aber auch zu erstarkendem Nationalismus und Rassismus führen. Dabei sind Aktionen des zivilen Ungehorsams eine wichtige Perspektive.

»Fast schon schick«

Stefan Diefenbach-Trommer, Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt

Man könnte meinen, dass 2010 für die Anti-AKW-Bewegung das Jahr einer schlimmen Niederlage wäre: Die schwarz-gelbe Koalition setzt ihre Wahlkampf-Aussagen doch noch um und verlängert die Laufzeit der Atomkraftwerke um 14 und mehr Jahre. Aber es ist noch

lange nicht Schluss: Schwarz-Gelb zieht die Profitverlängerung für die Atomkonzerne durch – und der Protest bleibt.

Das ganze Jahr über wurde die Bewegung stärker und breiter. 140 000 Menschen beteiligten sich im April unter anderem an der Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel, 100 000 fluteten im September das Berliner Regierungsviertel, das Wendland und danach Mecklenburg-Vorpommern erlebten einen Widerstand gegen Atommüll, wie es ihn zuvor nicht gab. Ständig entstehen neue Grüppchen und Initiativen. Die Anti-Atom-Sonne zu zeigen, ist fast schon schick. Was gerade passiert, ist mehr als ein Protest. Ein großer Teil der Gesellschaft begehrt auf – auch CDU-Wählerinnen, Männer im Anzug, Menschen, die das erste Mal im Leben auf die Straße gehen und klar formulieren: Das lasse ich mir nicht mehr bieten.

Jetzt nimmt die erstarkte Anti-AKW-Bewegung weniger die politischen Rahmenbedingungen ins Visier, sondern die einzelnen Reaktoren und ihre Unsicherheit. Die AKW Brunsbüttel und Krümmel stehen seit Jahren still – wenn sie im Jahr 2011 endgültig vom Netz gehen, wäre das ein Riesenerfolg.

»Globales und Lokales verbinden«

Katja Maurer, medico international

Um Menschenrechte zu verwirklichen, muss man die globale Perspektive in den Blick nehmen. Das Menschenrecht auf Gesundheit, das auch in Deutschland durch die Privatisierung des Gesundheitssystems unter die Räder kommt, braucht eine handlungsfähige globale Öffentlichkeit. Wie sie zustande kommen kann, zeigte die Konferenz »Global Gerechtes Gesund« im September in Berlin, der es gelang, die Gesundheitskluft in Deutschland in Beziehung zur Spirale der Ungleichheit im globalen Raum zu setzen. An den Diskussionen beteiligten sich deutsche Gesundheitsinitiativen und Gewerkschaften, Experten aus Simbabwe, den USA, Brasilien. Alle waren sich einig, dass die wachsende Ungleichheit ein globales Phänomen und im extremen Maße gesundheitsschädigend ist. Yale-Professor Thomas Pogge bezeichnete Armut und armutsbedingte Krankheiten als die größte Menschenrechtsverletzung. Eine Globalisierung des Solidarprinzips, um den bestmöglichen Zugang zu Gesundheit für alle zu verwirklichen, ist daher eine Forderung der Stunde. Ein obligatorisch zu finanzierender Weltgesundheitsfonds, der die Mittel für das Gemeinwohl Gesundheit weltweit kanalisiert und umverteilt, könnte ein konkreter Ansatz sein.

»Unerwartet große Solidarität«

Steffen Richter, AKUBiZ Pirna

Im Februar konnte der Naziaufmarsch in Dresden zum ersten Mal erfolgreich verhindert werden. Das zeigt, wie wirkungsvoll breite Bündnisse sein können. Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum engagiert sich gegen menschenverachtende Ideologien. Kooperationen sind dabei unabdingbar, sei es bei unseren antifaschistischen Projekten, der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus oder bei der Unterstützung Asylsuchender. Das geht nicht ohne Kompromisse, für die alle Seiten eigene Ansprüche hintenanstellen. Dies kann allerdings auch zum Problem werden, etwa wenn die inhaltlichen Auseinandersetzungen darunter leiden.

Wir hatten in diesem Jahr die zweifelhafte Ehre, an der Diskussion um die sogenannte Extremismusklausel teilhaben zu dürfen. Für unsere Entscheidung, den Sächsischen Förderpreises für Demokratie abzulehnen, haben wir unerwartet große Solidarität erfahren. Unterschiedliche Initiativen und Verbände konnten gemeinsam bundesweit eine breite Öffentlichkeit für das Thema erzeugen. Bei den Debatten um eine Gleichsetzung von Links und Rechts darf es keine Kompromisse geben, egal, ob es sich um aktuelle Diskussionen handelt oder um geschichtliche Betrachtungen.

»Unbehagliches Gefühl«

Hüseyin Avgan, Migrantinnen-Organisation DIFD

»Es geht aufwärts«, heißt es. Die Frage ist aber: Für wen? Für Konzerne und Reiche mag das stimmen, aber nicht für Arbeiter und die Ärmsten dieser Gesellschaft. Auch für die demokratischen Rechte und Integration war die herrschende Politik kontraproduktiv. Die soziale Spaltung wurde vertieft, Vorurteile verstärkt, nicht zuletzt durch Thilo Sarrazin. Es ist ein unbehagliches Gefühl, nach über 50 Jahren Migration immer noch als »die Anderen« angesehen zu werden. Die scheinheiligen Integrationsgipfel bringen den lahmen Gaul auch nicht zum Laufen. Die etablierte Politik treibt mit Unterstützung der sogenannten Leitmedien den Keil immer tiefer in die Kerbe.

Der Zusammenhang zwischen Integration und sozialen Kämpfen ist von großer Bedeutung. Nur so lassen sich die Ursachen der vorhandenen Probleme erkennen. Es sind neue Bündnisse dieses Jahr entstanden. Die müssen wir nun breiter nach »unten«, auf die Straße, in Schulen, Universitäten und die Betriebe tragen. Auf einer Demonstration in Köln für bessere und kostenlose Bildung sagten uns Jugendliche, dass dies gleichzeitig ein Protest gegen Diskriminierung und Rassismus sei, auch wenn er »nur« als Schülerstreik organisiert wurde.

Nicht »nur«, sondern gerade in diesem Zusammenhang können wir der sozialen Spaltung und Rassismus entgegenreten.

»2011 wird alles besser«

Manfred Stenner, Netzwerk Friedenskooperative

Die Friedensbewegung tut sich schwer, die mehrheitliche Ablehnung des Afghanistankriegs in größeren Protestaktionen sichtbar zu machen. Die Engagierten können allerdings durchaus mit Fachwissen glänzen. Die zivilen Alternativen zu Krieg und Gewalt sind in umfangreichen Dossiers zu Afghanistan, dem Nahost- oder Irankonflikt aufgezeigt. Hinter den Kulissen werden Verhandlungen zwischen Aufständischen und NATO-Truppen befördert. Die Proteste zur Mandatsverlängerung für den Bundeswehreinsatz am 28. Januar aber werden bescheiden ausfallen.

Die »Renaissance der Friedensbewegung« lässt auf sich Warten – obwohl doch Wikileaks genug Erkenntnisse zur schmutzigen Kriegsführung geliefert hat, obwohl wir genug über deutsche Rüstungsexporte wissen und über die Not der palästinensischen Bevölkerung im Freiluft-Gefängnis Gazastreifen.

Nichtmal über das faktische Ende der Wehrpflicht können sich Friedensbewegte recht freuen: Umso mehr dringt die Bundeswehr in den öffentlichen Raum und in die Schulen vor, Zapfenstriche werden live übertragen und Moderator Kerner begleitet Herrn zu Gutenberg zu einer »embedded talkshow« mit Bundeswehrangehörigen in Masar-i-Scharif. Immerhin: Der »New-Start« Vertrag zur (zu geringen) Reduzierung von Atomwaffen wird ratifiziert. Und außerdem: Nächstes Jahr wird alles besser!

»Hoffnungen zerschlagen«

Sven Lüders, Humanistische Union

1983 begründete das Bundesverfassungsgericht das Datenschutz-Grundrecht und warnte vor den Gefahren einer Datenspeicherung auf Vorrat, zu unbestimmten Zwecken. Am 2. März 2010 kam es zum Schwur: Das Gericht entschied über die Beschwerden von 34 000 Bürgerinnen und Bürgern. Sie klagten gegen die sechsmonatige Speicherung ihrer Kommunikationsdaten – pauschal, ohne jeden Verdacht, auf Vorrat eben. Das Gericht verwarf zwar das Gesetz, ließ die Vorratsdatenspeicherung prinzipiell jedoch zu. Damit zerschlug es die Hoff-

nung all jener, die im Vertrauen auf unsere Verfassung eine klare Grenze für staatliche Datenschnüffler erwartet hatten.

Datenschutz-Massenklagen sind en vogue. Allein in diesem Jahr kamen noch Klagen gegen die für 2011 geplante Volkszählung, gegen die Arbeitnehmerdatenbank ELENA und Internetsperren hinzu. Die Beschwerden zeigen: Datenschutz ist zum Politikum geworden. Dabei wissen die meisten Bürger sehr wohl: unter Datenhunger leiden nicht nur der Staat, sondern auch viele Firmen. Über 244 000 Menschen legten 2010 Widerspruch gegen die Abbildung ihrer Häuser und Wohnungen durch Google StreetView ein. Die nächsten Firmen, die Lokalisierungsdaten und andere Benutzerinformationen des social web vermarkten wollen, stehen bereits in den Startlöchern. Deshalb ist es höchste Zeit für eine Reform des Bundesdatenschutzgesetzes. Die bisherigen Regierungsentwürfe dazu lassen jedoch nichts Gutes erahnen.